

WELT+ MEINUNG DEUTSCHE „MELDESTELLEN“

Die Rückkehr des Denunziantentums

Stand: 08:59 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten

Von Hubertus Knabe



„Immer häufiger animiert der Staat seine Bürger, andere Mitbürger anzuschwärzen“, schreibt Hubertus Knabe

Quelle: Reto Klar/FUNKE Foto Services

Das Hinweisgeberschutzgesetz der Ampel verpflichtet Firmen, Meldestellen für Straftaten einzurichten. Informanten dürfen anonym bleiben, Falschmeldungen bleiben straflos. Unser Autor ist Historiker. Und warnt vor einer Vergiftung des sozialen Klimas, wie man sie von Unrechtsstaaten kennt.

In Deutschland wird derzeit ein neues Meldesystem für Straftaten aufgebaut. Rund 90.000 Unternehmen und Tausende öffentliche Einrichtungen müssen seit Juli sogenannte Meldestellen einrichten. Wer dies versäumt, dem droht eine Geldbuße von bis zu 20.000 Euro.

Hinzukommen sogenannte externe Meldestellen, die Bund und Länder übergreifend betreiben. Die genannten Stellen sollen nicht nur Meldungen entgegennehmen, sondern auch Untersuchungen durchführen. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit, entsteht auf diese Weise ein neuer, riesiger Ermittlungsapparat, der weder im Grundgesetz noch in den Verfassungen der Länder vorgesehen ist.

Vorgeschrieben wird all dies durch das unlängst in Kraft getretene Hinweisgeberschutzgesetz. Danach muss, wer mehr als 49 Mitarbeiter beschäftigt, eine separate Stelle einrichten, an die man im Arbeitsleben beobachtete Straftaten melden kann. Die Stelle muss sogenannte Meldekanäle betreiben, über die Informanten schriftlich, mündlich oder telefonisch berichten können.

LESEN SIE AUCH



WELT+ MELDEPORTALE

Denunziantentum hat in einem Rechtsstaat nichts verloren



Vergangene Woche trat auch noch eine Verordnung über eine zentrale Meldestelle des Bundes in Kraft. Sie soll Personen beraten, die „in Erwägung ziehen, eine Meldung zu erstatten“. Ebenso willkommen ist, wer sich nicht an die Meldestelle im eigenen Unternehmen wenden will. Im Internet stellt die Bundesstelle dazu eigene Meldekanäle zur Verfügung, ab dem 1. Juli 2024 auch für anonyme Informanten. Die Bundesstelle verfügt über 22 Mitarbeiter und kostet den Steuerzahler jährlich rund fünf Millionen Euro.

Der Anstoß für das neue Meldesystem kam aus Brüssel. Auf Vorschlag der EU-Kommission verabschiedete das Europäische Parlament 2019 eine Richtlinie zum Schutz von sogenannten Whistleblowern. Die Mitgliedstaaten sollten sie innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht überführen. Doch während Frankreich und Österreich nur das Nötigste übernahmen, machte die Ampel-Regierung daraus ein detailversessenes Mammutwerk.

Arbeitgeber werden zur Hilfspolizei

Den ursprünglichen Geltungsbereich der Richtlinie hat die Bundesregierung dabei massiv ausgeweitet. Ziel der EU war es nämlich nur, das Unionsrecht besser durchzusetzen, und Personen, die Verstöße dagegen melden, zu schützen. Das deutsche Gesetz macht dagegen private und öffentliche Arbeitgeber zu einer Art Hilfspolizei.

Die Meldestellen müssen nicht nur Hinweise auf Straftaten aller Art, sondern auch auf diverse bußgeldbewehrte Delikte verfolgen. Sogar für Äußerungen von Beamten, „die einen Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue darstellen“, sind sie zuständig.

Bei der Abfassung des Gesetzes war die Bundesregierung sichtlich bemüht, es potenziellen Informanten möglichst leicht zu machen. Das Geschäftsgeheimnis, das Steuergeheimnis und das Sozialgeheimnis wurden für sie außer Kraft gesetzt. Einzige Bedingung ist, dass der Informant „hinreichenden Grund zu der Annahme hatte, dass die Weitergabe oder die Offenlegung des Inhalts dieser Informationen notwendig ist, um einen Verstoß aufzudecken“. Auch anonyme Hinweise sollen die Meldestellen bearbeiten.

LESEN SIE AUCH



welt+ MELDEPORTALE

Woher kommt die deutsche Lust an der Denunziation?

Repressalien gegen Informanten – vom Gesetz euphemistisch als „Hinweisgeber“ bezeichnet – sind dagegen verboten. Wer gegen diese Auflage verstößt, dem droht ein Bußgeld von bis zu 50.000 Euro. Auch Falschmeldungen sollen straflos bleiben. Theoretisch muss zwar der Informant den dadurch entstandenen Schaden ersetzen, doch nur, wenn er vorsätzlich oder grob fahrlässig handelte. Da die Meldestellen zur Vertraulichkeit verpflichtet sind, dürfte die Durchsetzung eines solchen Anspruchs in der Praxis kaum möglich sein.

Informanten genießen zudem einen weitgehenden Kündigungsschutz. Behauptet nämlich ein Beschäftigter, dass seine Benachteiligung im Beruf aufgrund einer Meldung erfolgte, muss ihm der Arbeitgeber das Gegenteil beweisen. Von Kündigung oder Abstieg bedrohte Arbeitnehmer könnten deshalb versucht sein, rasch eine Meldung einzureichen – und dann zu behaupten, diese sei die Ursache der Maßnahme.

LESEN SIE AUCH



WELT+ PETZ-PORTAL

Eine Meldestelle für alles, was nicht fortschrittlich genug erscheint

Das neue Gesetz stellt den vorläufigen Höhepunkt einer schon länger anhaltenden Entwicklung dar: Immer häufiger animiert der deutsche Staat seine Bürger, andere Mitbürger anzuschwärzen. Während das Strafgesetzbuch aus gutem Grund ausschließlich verlangt, geplante schwere Straftaten anzuzeigen, damit sie noch verhindert werden können, hat sich in Deutschland mittlerweile eine regelrechte Meldestellen-Industrie entwickelt.

Seit anderthalb Jahren betreibt zum Beispiel das Bundeskriminalamt eine Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet. Wenig später richtete das Land Nordrhein-Westfalen vier Meldestellen ein, die „Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze erfassen“ sollen.

Dartüber hinaus unterhalten auch zahlreiche NGOs private Internet-Portale, bei denen man Hate Speech, Antiziganismus, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit oder Anti-Feminismus melden kann. Die „Petz-Portale“, wie sie Kritiker nennen, arbeiten praktisch alle auf Kosten des Staates.

Mancher will sich rächen

Von der Meldung zur Denunziation ist es dabei oftmals nur ein kleiner Schritt. Wer einem Vorgesetzten, Arbeitskollegen oder Lieferanten Straftaten vorwirft, aber den Weg zur Polizei scheut, hat dafür nämlich häufig private Motive: Manch einer erhofft sich dadurch persönliche Vorteile, andere wollen sich für etwas rächen, viele suchen schlicht nach Anerkennung. Auch Schadenfreude – ein Wort, das es nur im Deutschen gibt – kann eine Rolle spielen.

Untersuchungen zum Nationalsozialismus bestätigen diese Einschätzung. Ob „Rassenschande“, „Wehrkraftzersetzung“ oder „heimtückische Angriffe auf Staat und Partei“ – fast immer wurden die entsprechenden Verfahren durch private Mitteilungen initiiert. Die meisten Informanten zogen es dabei vor, sich an die Zellen-, Block- oder Kreisleiter der NSDAP statt an die Polizei zu wenden.

„Auf diese Weise gelang es den Machthabern, in die Privatsphären einzudringen und in engsten Kreisen gegenseitiges Misstrauen zu erzeugen“, heißt es in Karol Sauerlands Buch „50 Silberlinge“. Den meisten Denunziationen hätten dabei persönliche Motive zugrunde gelegen.

LESEN SIE AUCH

WELT+ SPÄTERFRÜH



Für den Staat hat ein solches System nicht nur Vorteile. Wird er massenhaft für die Austragung persönlicher Konflikte instrumentalisiert, überfordert dies schnell seine Institutionen. Selbst die NS-Führer waren deshalb für eine Begrenzung der Denunziationen. Als Reinhard Heydrich 1939 dem Ministerrat eine Verordnung vorlegte, die alle Deutschen dazu verpflichten sollte, jede wahrgenommene Straftat zu melden, stieß er damit auf einhellige Ablehnung.

Sogar Joseph Goebbels meinte, durch die Verordnung „würde ein Denunziantentum gezüchtet werden, gegen das die Bestrafung der falschen Anzeige nur ein unvollkommenes Abwehrmittel bietet“.

Anders als im Nationalsozialismus waren Denunziationen in der DDR stärker geächtet. „Ehepartner denunzierten sich nur im Ausnahmefall untereinander, auch die Bindungen zwischen Kindern und Eltern wirkte in der Regel stark und nachhaltig“, heißt es dazu in einer Studie der Historikerin Anita Krätzner-Ebert.

Überwachung erzeugt tiefes Misstrauen

Die Machthaber entwickelten daher ein ausgefeiltes System, Informanten gezielt einzusetzen. Zu ihnen zählten nicht nur die Inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi, sondern auch die Abschnittsbevollmächtigten der Polizei, die Hausbuchführer und weitere Auskunftspersonen. Die flächendeckende Überwachung hatte in der Gesellschaft ein tiefes Misstrauen zur Folge.

Welche Folgen das neue Meldesystem der Bundesregierung haben wird, ist noch nicht abzusehen. Im besten Fall wird es von der Bevölkerung ignoriert. Dann ist es nur eine weitere bürokratische Last für private und öffentliche Arbeitgeber. Im schlechtesten Fall wird es massenhaft genutzt und vergiftet dadurch sukzessive die Sozialbeziehungen.

Denn wer bei jeder Tätigkeit und jedem Gespräch daran denken muss, dass einer Meldestelle davon Mitteilung gemacht werden könnte, entwickelt einen Argwohn, wie man ihn sonst nur aus Diktaturen kennt.

LESEN SIE AUCH



Dabei hat schon jetzt eine wachsende Zahl von Bundesbürgern Angst, sich im Alltag unbeschwert zu äußern. Bei einer Befragung im Jahr 2021 hatten nur noch 45 Prozent das Gefühl, man könne in Deutschland seine politische Meinung frei sagen – der tiefste Wert seit Jahrzehnten. Die Angst beruhte dabei nicht auf Bestimmungen des Strafgesetzbuches, sondern auf gesellschaftlichen Sanktionen.

Das neue Meldesystem dürfte diese Unsicherheit weiter verstärken. Wird dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten, könnte eine Gesellschaft entstehen, die keine Privatheit mehr kennt, sondern sich nach staatlichen Vorgaben selbst kontrolliert.

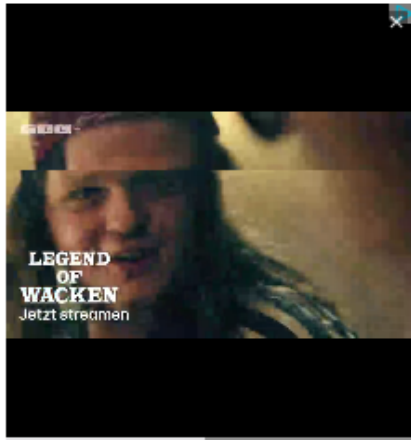
Hubertus Knabe war von 2000 bis 2018 wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  714

NEIN  25

MEHR AUS DEM WEB



Laptops günstig mieten

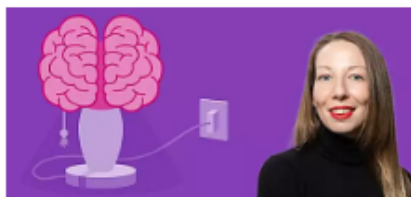
Miete24



Mooer GTRS Guitars in Prof. 800 DN

KIRSTEIN

NEUES AUS DER REDAKTION



AHA! ZEHN MINUTEN ALLTAGS-WISSEN

Sex: Was bringt Geschlechtsverkehr für unsere Gesundheit und...

Elisabeth Krafft | 09.08.2023



DEUTSCHLAND KLINGBEIL ZUM AMPEL-STREIT

Lars Klingbeil (SPD): „Das hat mich sehr fassungslos gemacht, dass es sofort ...

WELT | 18.08.2023



BAYERN

Bergführer hilft Frau u wird brutal attackiert

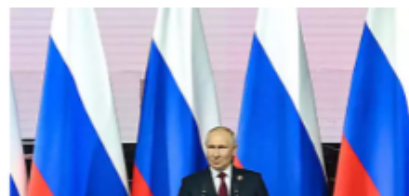
WELT | 13.08.2023



NIEDERSACHSEN & BREMEN

Klimaaktivisten scheitern mit Aktion bei VW

WELT | 16.08.2023



WELT+ VERHAFTUNGSRSIKO

Haftbefehl gegen Wladimir Putin: Größte Angst

Fredrik Wesslau | 14.08.2023



WELT+ PANNE AUF PAZIFIKREISE

Panne mit Regierungsflieg Warum muss Baerbock überhaupt so weit fliegen:

Henryk M. Broder | 17.08.2023

AUCH INTERESSANT



Zusammen gehts besser

ibbw.de



Warum Fliegen teurer wird

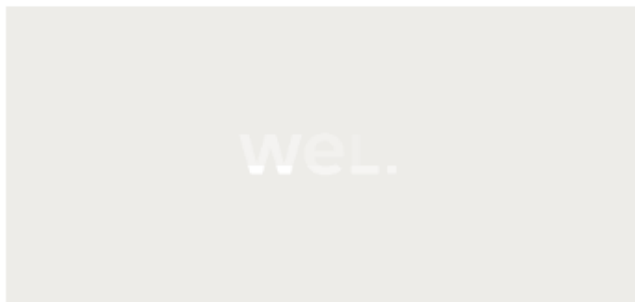
ibbw.de



Diese KI-Aktie wird die Lebensmittelbranche revolutionieren

Financial Star News

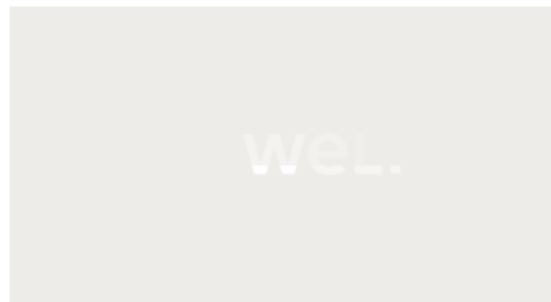
MEHR ZUM THEMA



welt+ FRAUEN VERBIETEN

Wie man die Einfamilienhäuser abschaffen kann

Don Alphonso



welt+ FEMINISMUS-FORSCHERIN

„Ich weigere mich, einen Begriff wie ‚F‘ zu problematisieren“

Jan Alexander Casper



welt+ STAATLICH GEFÖRDERT

Ideologie oder „gut angelegtes“ Steuergeld? Ärger um die „Antifeminismus“-Meldestelle

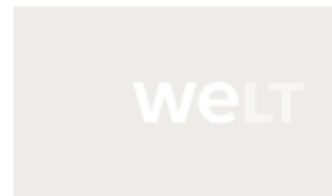
Jan Alexander Casper



welt+ KULT DER SPARSAMKEIT

Lustvoll sündigen mit dem normalen Leben

Don Alphonso



welt+ HETZE IM INTERNET

Damit der Hass weniger wird

Anne Klesse

KOMMENTARE (103)



Guten Tag, Mediagnose

Als WELTplus-Abonnent können Sie hier exklusiv Kommentare verfassen und sich mit Autoren und Lesern austauschen.

Ihr Kommentar

Diskutieren Sie mit...

0/2000 Zeichen

ABSENDEN

FAQ | NUTZUNGSREGELN | COMMUNITY-PROFIL

Kommentare anzeigen

100



Sortieren nach

BELIEBTESTE



KOMMENTARE NEU LADEN

BG Brita G.

vor 40 Minuten

Und all das läuft fast gänzlich unter dem Radar der Bevölkerung. Und wieder werden alle nichts gewusst und gewollt haben. Wenn ich kommuniziere, dass mich die Zustände heute ganz stark wieder an die DDR erinnern, erlebe ich Unverständnis und teilweise sogar Feindlichkeit ... Aber diese neue Regelung ist tatsächlich unglaublich gefährlich.

Die Deutschen lernen es nicht. Und nach der Wende hatten wir so gehofft.

ANTWORTEN LINK MELDEN 254

ANTWORTEN AUSBLENDEN

WE Wolfgang E.

vor 23 Minuten

Ganz recht, Brita, das waren auch meine Gedanken dazu. Als meine Klasse in den 80ern in der Schule "Der Untertan" gelesen hat, dachten wir Jugendliche alle, das sei die ferne Vergangenheit.

Nein, es ist die Gegenwart und sogar die Zukunft. Befeuert von den grün-linken Kräften, die sich selber als progressiv und modernistisch bezeichnen würden. Mir wird speißibel.

ANTWORTEN LINK MELDEN 69

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN

RB Reik B.

vor 33 Minuten

Herzlich Willkommen in der DDR...wer sie nicht kannte, wir kommen der Vergangenheit einen großen Schritt näher.

ANTWORTEN LINK MELDEN 182

ANTWORT AUSBLENDEN

SI Simplicus Ironimus

vor 23 Minuten

Planstellenschießen mal anders.
So geht freie Wildbahn.
Sie müssen nur die Vorteile erkennen;=)

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  6

SN

Stephan N.

vor 39 Minuten

Linke Parteien - das erwartet man von ihnen, und das kennt man ja auch von ihnen. Das allerdings die FDP da mitmacht hätte ich zuvor nicht für möglich gehalten.

Die Regierung ist fix und fertig.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  175

ANTWORTEN AUSBLENDEN 


H

Hasenfrau

vor 9 Minuten

Das mit der FDP war auch mein erster Gedanke. Und die hab ich auch noch gewählt. Zum ersten Mal im Leben. Allerdings auch zum letzten Mal!

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  16

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

GT

Georg T.

vor 43 Minuten

In Berlin gibt es eine Grabstätte, wo wöchentlich ein Laster ranfährt und tonnenweise Erdaushub nachfüllt. Das ist das Grab von Erich Mielke. Der rotiert aus Freude über die Transformation der Bundesrepublik nur noch im Grab. Deshalb das Nachfüllen.

Dass im Zeitalter der Digitalisierung konsequent alle und jeder unter Generalverdacht stehen und abgehört werden dürfen, kommt als Sahnehäubchen oben auf.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  172

WM

Wolfgang M.

vor 41 Minuten

Warum nur denken sich die Ampel Politiker täglich neue Gesetze aus, die der Großteil der Bevölkerung vollkommen ablehnt?

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  166

J

Jason

vor 29 Minuten

Weil sie Angst vor der Bevölkerung haben, deshalb.



ANTWORTEN



LINK



MELDEN



68

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

MN

Michael N.

vor 35 Minuten

Das war mal wieder typisch. Von der EU mit durchaus nachvollziehbarer Logik vorgegeben, wird es in Deutschland verbürokratisiert und komplett übertrieben. Manchmal glaube ich, wir Deutschen haben dieses unfreie, undemokratische Wesen einfach im Blut und alle paar Jahrzehnte kommt es mal wieder hoch. Warum kann man nicht einfach leben und leben lassen und die Gesetze auf das beschränken, was notwendig ist um Gesellschaft, Wirtschaft und Ordnung funktionieren zu lassen?

Ich werde jedenfalls niemanden verpetzen. Straftaten werden angezeigt (musste ich bisher noch nie), alles andere offen angesprochen. Damit bin ich jetzt fast 40 Jahre gut gefahren.



ANTWORTEN



LINK



MELDEN



132

FA

Frank A.

vor 42 Minuten

Das ist genau die Art von EU, die kontraproduktiv ist und die grundlegend reformiert werden muss.



ANTWORTEN



LINK



MELDEN



123

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

HH

Hansi H.

vor 23 Minuten

Nicht reformieren, stilllegen.



ANTWORTEN



LINK



MELDEN



19

3 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

G

Geronimo

vor 38 Minuten

Eine unglaubliche Entwicklung, die die Freiheit der Meinungsäußerung absolut außer Kraft setzt, den "Anschwärzern" jedoch völlig "Freiheit" garantiert. Die Folgen kann sich jeder selber ausrechnen.

ANTWORT AUSBLENDEN 

DT **dieter T.**

gerade eben

Das schlimme ist, das solche Machenschaften sich über alle Lebensbereiche ausdehnen. Wir werden lernen müssen das gemeinschaftliche Strukturen nur noch in Clans weiterleben werden.


[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [1](#)

FN **Frank N.**

vor 34 Minuten

Die Freiheit wird weiter eingeschränkt, was sagt eigentlich Buschmann und seine FDP dazu ?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [115](#)

ANTWORT AUSBLENDEN 

MW **Michael W.**

vor 10 Minuten

Der spricht davon, dass viele Unternehmen wie Behörden so mit Verwaltung beschäftigt seien, „dass sie sich kaum noch um ihr Kerngeschäft kümmern können“. Daher will er das sogenannte Bürokratienteilungsgesetz auf den Weg bringen. Na ja. Sprechen und handeln sind zwei Paar Schuhe.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [9](#)

VK **Vreni K.**

vor 17 Minuten

Die Tragweite dieses Gesetzes ist unvorstellbar und nicht in Worte zu fassen. Aber zumindest hierfür dürfte es noch genügend Fachpersonal aus der ehemaligen DDR geben. Ich kann nur pfui sagen. Meine Enttäuschung über die derzeitige Politik in diesem ehemals wunderschönen und sicherem Land kann ich nicht mehr in Worte fassen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [110](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN 


HA **Hank A.**

vor 12 Minuten

...

By the way. D war noch nie wunderschön.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  3

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

WH **Wolfgang H.**

vor 38 Minuten

Dann sollten viele Arbeiter melden das Robert Habeck gegen die Interessen der Wähler handelt.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  104

ANTWORT AUSBLENDEN 

FO **Frank O.**

vor 24 Minuten

In dem Fall tritt wahrscheinlich mit 100prozentiger Sicherheit Teil 2 der Regelung in Kraft, so das der Meldende bestraft wird.



 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  22

GS **Guntram S.**

vor 30 Minuten

“Danach muss, wer mehr als 49 Mitarbeiter beschäftigt, eine separate Stelle einrichten, an die man im Arbeitsleben beobachtete Straftaten melden kann”

Als nächstes zählt dann z.B. Leugnung des Klimawandels als Straftat und man muss sich auf Arbeit jedes Wort dreimal überlegen..

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  104

CM **Christiane M.**

vor 34 Minuten

Damit wird das Vorgehen, das zu Zeiten von Corona eingeführt wurde, konsequent weitergeführt. Der Staat lässt Bürger gegenseitig überwachen. Freiheit und Demokratie sind selbstverständlich nicht gefährdet - meint die derzeit gewählte Volksvertretung. Ich fühle mich gerade wie in einem Milgram Experiment.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  97

FP **Franz P.**

vor 35 Minuten

Die nächste Stufe des Verfalls ...

DD Doris D.

vor 21 Minuten

Warum schützen wir mit allen Mitteln die Demokratie in der Ukraine gegen Russland, wenn sie in Deutschland Stück für Stück abgeschafft wird? Ich schäme mich für dieses Land in Grund und Boden, aus der Vergangenheit wurden keine Lehren gezogen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [92](#)

ANTWORT AUSBLENDEN

JB Jens B.

vor 5 Minuten

Glauben Sie wirklich, dass es darum geht, die Demokratie in der Ukraine zu schützen?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [10](#)

AH Angelika H.

vor 16 Minuten

Man regt sich fast täglich über die Verletzung der Menschenrechte in anderen Ländern auf und errichtet hier mehr oder weniger klammheimlich solche "Meldestellen" per Gesetz, dies sagt alles über den derzeitigen Zustand der Bundesrepublik aus.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [92](#)

ANTWORT AUSBLENDEN

VK Vreni K.

vor 6 Minuten

Angelika H. : Richtig. Man denke an die schreckliche Tat in Indien gegenüber einer Frau im Bus. Zwischenzeitlich sind diese Taten in Berlin (Schlachtensee, Görlitzer Park usw.) angekommen. Wo bleibt hier der innerdeutsche feministischer Aufschrei?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [16](#)

D Dagmar

vor 36 Minuten

Der Steuerzahler zahlt diese unglaublichen Vorgänge, damit er verunglimpft werden kann. Im besten Deutschland aller Zeiten. Und das geht alles durch, die Gesetze fließen gefühlt im Sekundentakt gegen die Bürger ins Rechtssystem.



A. W. Mann

vor 35 Minuten

Der nächste Schritt, das Wohlverhalten, die Einhaltung von korrektem Gendern, von übermäßigem Fleischkonsum etc. zu überwachen, ist dann auch nicht mehr weit. Von China lernen ist die Zukunft!

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^



Doris B.

vor 13 Minuten

Deshalb auch die hartnäckigen Versuche, Bargeld abzuschaffen. Kann man viel leichter überwachen, wer zB zu viel Fleisch einkauft.



1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN v



Roberto M.

vor 13 Minuten

Im ehemaligen Jugoslawien wurden diese Hinweisgeber ausgiebig praktiziert. Zum Glück wurde dies aufgelöst. Und jetzt wird das bei uns in Deutschland installiert. Wo ist da der große Unterschied zu China bitte? Kann diesen immer weniger erkennen.



Bernie

vor 35 Minuten

Hubertus Knabe, guter Mann, der als unbequemer Aufarbeiter der DDR Vergangenheit unter fadenscheinigen Gründen vom Genossen Kultursenator Lederer in die Wüste geschickt wurde. Schön, hier mal wieder was von Ihnen zu lesen. Alles Gute für Sie. Bleiben Sie dran.



US

vor 28 Minuten

Da, wo diese Regierung hin will, komme ich her!

AP

Arne P.

vor 19 Minuten

traurig, was aus Deutschland / der EU geworden ist

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 74](#)[ANTWORT AUSBLENDEN ^](#)

MM

Mattias M.

vor 5 Minuten

Deshalb gehört die EU in der jetzigen Form auch abgeschafft oder reformiert.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 12](#)

CL

Christoph L.

vor 8 Minuten

Das zeigt wessen geistiges Kind die Ampel ist. Hört man Widerspruch aus der Union? Die selbsternannten demokratischen Parteien schaffen seit Jahren sukzessive Demokratie und Freiheit ab und bezichtigen bzw. beschimpfen die einzige Oppositionspartei genau dessen. Und die von den Mainstream Medien zugehörte Bevölkerung schaut weg oder will/kann es nicht wahrhaben. So absurd, so zum Verzweifeln.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 70](#)

FT

Frank T.

vor 27 Minuten

Es braucht viel mehr Veröffentlichungen dieser Art. Durch Kriden die hausgemacht sind und in den Vordergrund gerückt werden, geht diese Entwicklung unter.

Man sollte fragen ob ddahinzer absicht steckt. Wir bewegen uns in eine aehr gefährliche Richtung, was kein wunder ist aufgrund der starken links Verschiebung.

Problematisch sind allerdings die Medien die vermeintlich aufklären sollen. Besonders in Deutschland mit dem ÖRR, der auf Linie ist, hst man diese Problematik.

Hier hat insbesondere Grün erkannt, das man sehr viel Macht erlangen kann, wenn man die Medien auf die eigene Linie bringt.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 64](#)[ANTWORTEN AUSBLENDEN ^](#)

KB


karsten B.

vor 21 Minuten

@Frank: nicht nur die Grünen, das war doch schon lang eine

Tendenz, dass die großen Parteien den Rundfunk über die Rundfunkräte und die Auswahl des Chefs beeinflussen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  22

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

CK Camillo K.

vor 25 Minuten

„Hat die EU vorgeschrieben“. - Ende der Diskussion. Genau deshalb glaubt nur noch eine kleine Minderheit an Demokratie in Deutschland.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  62

SF Stefan F.

vor 20 Minuten

Der Sozialismus nimmt richtig Fahrt auf...

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  61

LF Iutz F.

vor 20 Minuten

Die dystopischen Befürchtungen und Prophezeiungen eines George Orwell von 1948 nehmen immer mehr Gestalt an , natürlich versteckt in hehren Absichten. Was ist aus der Partei Willy Brandts geworden, die 1969 „ mehr Demokratie wagen „ propagierte ?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  61

LP Leser P.

vor 40 Minuten

Das Hinweisgeberschutzgesetz der Ampel verpflichtet Firmen, Meldestellen für Straftaten einzurichten. Informanten dürfen anonym bleiben, Falschmeldungen bleiben straflos.

Gilt das auch bei Informationen aus dem Geheimen der Politik und des Staates ?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  60

OS Olaf S.

vor 35 Minuten


Ein Staat , der um Sicherheit bemüht ist, braucht natürlich informelle Mitarbeit. Man sollte ein Ministerium erschaffen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  60

SI **Simplicus Ironimus**

vor 22 Minuten

Und mindestens eine Beauftragtin in jedem Landkreis.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  141 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN **VP** **Volker P.**


vor 21 Minuten

In der DDR hatten die meisten Bürger zwei Meinungen. Eine offizielle und eine private.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  60ANTWORTEN AUSBLENDEN **IS** **Ilona S.**

vor 8 Minuten

Volker, ginge ich noch arbeiten, wäre es bei mir wahrscheinlich wieder so. Da ich Rentnerin bin, kann ich es mir leisten, nur eine private zu haben.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  41 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN **C** **Chemnitzer**


vor 18 Minuten

Immer wenn man denkt es geht nicht mehr schlechter kommt so eine Meldung sobald es möglich ist werde ich diesem Land den Rücken kehren die Hoffnung das zu erreichen ist der einzige Grund hier noch Gas zu geben.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  59**VE** **Volker E.**

vor 21 Minuten

Erich's U-Boot (AM) hat ganze Arbeit geleistet und Politik + Behörden komplett mit Kommunisten durchsetzt und links-ideologisiert - Margot's letzte Worte waren ja wohl so in etwa, daß wir uns noch wundern würden.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  58ANTWORTEN AUSBLENDEN 

MP

Monika P.

vor 18 Minuten

Wenn man das nicht alles schon einmal mitgemacht hätte,
könnte man es als Fak bezeichnen.
Hätte mir das nie träumen lassen, das so etwas wieder da ist !

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 35](#)[1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN](#) ▾

AZ

Aqua Z.

vor 37 Minuten

Wenn ein Tor aufgemacht wird, werden die Möglichkeiten genutzt.
Dieses Personal besitzt keinen Kompass für Souveränität und
Weitsicht.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 57](#)

SW

Steffen W.

vor 19 Minuten

Anetta Kahane war inoffizielle Mitarbeiterin der STAS. Sie leitet(e) bis
2022 die Amadeu Antonio Stiftung, die vom Staat üppig gefördert wird
und der auch der thüringische Verfassungsschutzpräsident Stephan
Kramer angehört.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 56](#)

PB

Peter B.

vor 28 Minuten

Ich kann das einfach nicht glauben .. welche Partei oder Ministerium
hat das eingebracht ?

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 50](#)

K

Kalex

vor 30 Minuten

Als nächsten Schritt würde ich der Regierung vorschlagen das
Socialprofiling einzuführen um die Wandlung in ein sozialistisches
System weiter voranzutreiben.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 49](#)

CK

Christoph K.

vor 8 Minuten

Nachdem facebook und Co. schon zur großen Denunziationsplattform
verkommen ist, gibt es eine staatliche Möglichkeit hierfür.

Denunziation ist die Meldung eines Straftats, weil es Straftat ist.

Denunziation ist ein Markenkern einer Diktatur, weil er Unsicherheit und Mißtrauen verbreitet.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  49

IR **Ilona R.**

vor 20 Minuten

Das Tor der Pandora ist geöffnet.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  44

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

KS **Karl S.**

vor 16 Minuten

Es ist zwar die Büchse der Pandora - aber sinngemäß richtig!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  30

TN **The Nik**

vor 11 Minuten

Ein weiterer Sargnagel. Ich hatte eine Prüfung vom Finanzamt, weil ein ehemaliger Mitarbeiter mich anonym angezeigt hat. 3 Tage Arbeit für nichts. Es wurde nichts gefunden. Warum habe ich einen ehemaligen Mitarbeiter in Verdacht? Das Finanzamt hatte Dokumente, die nur wenigen Mitarbeitern zur Verfügung standen.

Ab 49 Mitarbeiter ist übrigens falsch. Es kann auch kleinere Betriebe „treffen“ .. durch das Lieferketten gesetzt, wenn der Betrieb an Großunternehmen liefert und diese den Nachweis fordern.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  44

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

W **Wolfenstein**

gerade eben

The Nick.

Dem kann man vorbeugen:

Die Firma nur soweit expandieren, dass es für das persönliche Leben reicht. Dann braucht man keine Mitarbeiter und somit hast Du weniger Stress und Risiko.

Die Versorgung der Arbeitslosen ist Aufgabe der Regierung.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  0

TO **Thomas O.**

vor 13 Minuten

Mal abgesehen von den hier zu Recht geäußerten ethischen Bedenken

gegen solche Einrichtungen, ist das ist wieder so ein Bürokratiemonster, was Geld, Zeit und Personal in den meisten Firmen bindet.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 43](#)

HM **Heiner M.**

vor 4 Minuten

Ich habe das Gefühl, dass dieses Land sich zu einem Bürokratenstaat entwickelt, der den Staatsapparat als Selbstzweck hat. Die Bürger aus unseren fünf jüngsten Bundesländern dürften mit großer Sorge auf solche Tendenzen blicken.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 36](#)

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

SB **Stephan B.**

gerade eben

wir haben uns bereits in einen Bürokratiestaat entwickelt

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 3](#)

S **Steuerzahler**

vor 38 Minuten

Fehlt eigentlich nur noch der ABV. 🙄

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 34](#)

JJ **Jose Carlos J.**

vor 16 Minuten

Zu Corona-Zeiten wurde dies schon bestens praktiziert! Das Gesetz ist so betrachtet der Wunsch der Wähler.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 34](#)

AR **Achim R.**

vor 21 Minuten

und da soll man keine Vergleiche ziehen.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 32](#)

L **Libertas**

vor 37 Minuten

Laut Gesetzentwurf zieht das bereits bei Bußgeldbewährten Ordnungswidrigkeiten, deren "Vorschrift dem Schutz von Leben, Leib

oder Gesundheit“ dient.

Das ist bei jeder Feuerwehreinfahrt der Fall, d.h. würde in meiner konkreten urbanen Umgebung bedeuten, dass ich die Bundesstelle mehrmals am Tage auf Trab setzen könnte.

Übrigens steht im Referentenentwurf ein jährlicher (!) Erfüllungsaufwand von 200 Mio. € für die Wirtschaft und von 217 Mio. € für die öffentliche Hand.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 27](#)

FO Frank O.

vor 22 Minuten

Das nächste Bürokratie Monster für mittelständige Betriebe.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 26](#)

AA Annette A.

vor 22 Minuten

Wieder eine zusätzliche Bürde -auch für mittelständische Unternehmen. Und man wundert sich, dass die meisten Jungen keinen Beruf in der Selbstständigkeit anstreben.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 21](#)

AM Artur M.

vor 4 Minuten

Deutschland macht keine kleinen Fehler- historisch belegt!

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 18](#)

CP Christian P.

vor 25 Minuten

Dabei ist, wer mitmacht. Solch Leute sind eh über. Und in kleineren Firmen gibt es die Stille Post. Den Rest regelt die Belegschaft von alleine.

[↩ ANTWORTEN](#) [📌 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 13](#)

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

JB Jens B.

vor 2 Minuten

Korrekt. Man weiß schon sehr genau, wer einen angeschwärzt hat und diese Person muss schon ein sehr gutes Standing im Kollegium oder ein sehr dickes Fell haben

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  2

 **Jan S. -NL-**

vor 4 Minuten

Aber die Verfassungsfeinde und Faschiis sind doch in der AfD oder?

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  12

 **OstseeStrand**

vor 2 Minuten

Er ist wieder da...

Seinerzeit ein Film, der etwas beschrieb was utopisch schien.

Er ist wieder da - diesmal der mit Fistelstimme.

Nicht als Person - als 'Geist der Transformation' .

Wenn wir als Gesellschaft nicht wehrhaft sind, dann wird Potsdam das neue Wandlitz.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  12

 **Toralf B.**

gerade eben

Wurde zuletzt 89 abgeschafft ... scheint wieder zu kommen. Erst anderen Menschen eine Meinung aufzwingen und wer nicht spurt wird nebenbei gleich noch angezeigt.

Und dann wundern sich die Leute, warum Blau so viel Zulauf hat.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  10

 **Christoph M.**

gerade eben


Geschichte wiederholt sich offenbar doch. Deutschland und die EU werden immer sozialistischer. Was vor 10 Jahren undenkbar war, ziehen die Roten durch.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  9

 **Kuwajo**

gerade eben

„Das Hinweisgeberschutzgesetz der Ampel verpflichtet Firmen, Meldestellen für Straftaten einzurichten. Informanten dürfen anonym bleiben, Falschmeldungen bleiben straflos.“: So ist es wohl bei allen untergehenden Gesellschaften.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  2

A Amsel

vor 30 Minuten

Wenn ich sehe, wie jetzt schon kleinere Straftaten verfolgt werden, nämlich gar nicht, wird das wohl auch alles im Sande verlaufen. Unsere Polizei ist unterbesetzt, die Gerichte ebenfalls. Wer soll denn diesen Hinweisen nachgehen? Wahrscheinlich landen die meisten Meldungen in der Tonne.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  7

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

S Sisyphos

vor 22 Minuten

@Amsel: Sie haben mitbekommen, wie in Deutschland unter dem Stichwort Corona zutiefst menschliches und soziales Verhalten kriminalisiert und verfolgt worden ist?

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  34

3 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

S Strolch

vor 24 Minuten

Auf meiner Arbeitsstelle gab es dazumal auch eine Tür...

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  7

OL Olgf L.

gerade eben

Ein Staat, der das Privatleben der Bürger regulieren möchte, braucht natürlich einen solchen Apparat. So wird immer deutlicher, von wem die Gefahr für Freiheit und Demokratie ausgeht. Von der einzigen Oppositionspartei bestimmt nicht.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  7

HW Hartmut W.

gerade eben

Mein Vorschlag. Jeder sollte Frau Faeser anzeigen. Dann erledigt sich das von alleine.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  7



Eugen K.

gerade eben

Das Gesetz erscheint unvollständig. Es fehlt noch die Prämie wenn die Denunziation erfolgreich war. Insofern sollte das Gesetz umgehend nachgebessert werden (Ironie off !!!).



ANTWORTEN



LINK



MELDEN



6



Ulrich F.

gerade eben

Herr Knabe hat sehr gut dargelegt, auf welchen Weg uns die aktuelle politische Führung bringen will und teilweise schon gebracht hat. Die Denunzientenförderer von heute sind aus demselben Holz wie die , die Deutschland schon zweimal verdorben haben. Jeder muss hier Widerstand leisten, und alle aufrechten Medien müssen über die Machenschaften berichten.



ANTWORTEN



LINK



MELDEN



5



Martin J.

gerade eben

Hätte man das Gesetz nicht besser " gute Hinweise Gesetz " nennen sollen. Das Kindergartensprech passt doch zu unseren politikenden.



ANTWORTEN



LINK



MELDEN



1



Alfred Fuhrmann

gerade eben

„Informanten dürfen anonym bleiben, Falschmeldungen bleiben straflos.“

Somit sind jetzt Verleumdung und falsche Verdächtigung keine Straftaten mehr?

Anonym abgegebene Falschmeldungen sind logischerweise straflos weil ja nicht bekannt ist, wen man bestrafen müsste. Trotzdem ein Konstruktionsfehler: Wie sollen falsch gemeldete Straftäter ihre Unschuld beweisen bei Fällen, wo dies nicht möglich ist?

„Theoretisch muss zwar der Informant den dadurch entstandenen Schaden ersetzen, doch nur, wenn er vorsätzlich oder grob fahrlässig handelte.“

Und wie soll dem Denunz.... entschuldigung, Informanten nachgewiesen werden, dass er genau das nicht getan hat?



ANTWORTEN



LINK



MELDEN



1



Wolfenstein

gerade eben

Nicht nur auf die Politik schauen.
Denn die Menschen werden ja nicht gezwungen, bei den Portalen
Meldungen zu erstatten.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN 

AB **Axel B.**

gerade eben

Für mich stellt sich angesichts solcher Gesetze und solcher, die angeblich dem Klimaschutz, dem Minderheitschutz oder dem Gesundheitsschutz (Corona) aber in Wirklichkeit dem Schutz der Führungselite und ihrer ideologisierte Mannschaft dienen, sowie der Tatsache, dass die Regierung maximal noch 30% unserer Bürger repräsentiert, welche Verteidigungswert eine derartig vergurkte Demokratie noch hat? Vielleicht wird schon der nächsten Bundestagswahl die Frage der Korrektheit der Wahl aufgeworfen, sollte die AFD weiter zulegen. Ich glaube, wir sollten alle zentralen Politiker abwählen und die Kommunalpolitiker stärker, die wissen noch am ehesten, was der Bürger will.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN 

Guten Tag, Mediagnose